

Ohne Chance 07.12.2016



BERLIN/PARIS (Eigener Bericht) - Schon kurz nach der Entscheidung über den konservativen Kandidaten bei der französischen Präsidentenwahl beginnt Berlin Druck auf den Vorwahlsieger François Fillon auszuüben. Zwar treffen Fillons neoliberale Kürzungspläne, darunter die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Entlassung einer halben Million Angestellter aus dem öffentlichen Dienst, in Deutschland auf Beifall. Doch stünden seine außenpolitischen Vorhaben in klarem Gegensatz zur Berliner Politik, bestätigen Experten. So habe er es sich etwa "zum Ziel" gesetzt, "Frankreichs Souveränität wiederzuerlangen", kritisiert eine Mitarbeiterin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP); auch strebe er einen kooperativeren Umgang mit Russland an. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Norbert Röttgen, erklärt in ultimativem Tonfall, darüber müsse man "offensichtlich auch noch mit François Fillon sprechen". Der Abgeordnete im Berliner Reichstag beruft sich dabei auf eine "europäische Zivilisation". Selbst französische Experten gehen davon aus, dass Fillon, sollte er tatsächlich zum Präsidenten gewählt werden - Umfragen sprechen dafür -, eine eigenständige Russlandpolitik nicht gegen Berlin durchsetzen kann.

Ein Schock für Frankreich

Auf erfreute Zustimmung treffen in Berlin die ökonomischen Pläne von François Fillon. Der konservative Präsidentschaftskandidat hat angekündigt, er werde die 35-Stunden-Woche endgültig abschaffen, das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre hinaufsetzen, den Arbeitsmarkt deregulieren und die Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte erhöhen; zudem werde er innerhalb der kommenden Legislaturperiode eine halbe Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst ersatzlos streichen. Er strebe einen "kompletten Neustart" an, erläutert Fillon: "Frankreich braucht einen Schock".[1]

Der gemeinsame Nenner

Für seine dramatischen Kürzungspläne wird Fillon in Berlin ausdrücklich gelobt. Der scheidende Präsident François Hollande hatte sich den deutschen Austeritätsdiktaten zunächst hartnäckig zu verweigern versucht, bevor er dem massiven Druck der Bundesregierung nicht mehr standhalten konnte und Anfang 2014 milliardenschwere Streichungen ankündigte (german-foreign-policy.com berichtete [2]). Bei Hollandes Amtsvorgänger Nicolas Sarkozy hatte Berlin ebenfalls lange auf Granit gebissen, bis Sarkozy sich im Wahlkampf ab Ende 2011 am deutschen Austeritätsmodell orientierte.[3] Sollte Fillon die Wahl gewinnen, könnte die Bundesregierung erstmals von Anfang an auf Zustimmung aus Paris zu ihren Kürzungsdiktaten hoffen. Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) hat am 30. November in Paris nach einem einstündigen Gespräch mit Fillon dessen "Reformwillen" ausdrücklich gelobt und erklärt, die deutsch-französische Kooperation könne bei einem Wahlsieg des konservativen Kandidaten auf einen "wesentlich größeren gemeinsamen Nenner als in vorangegangenen Jahren hoffen".[4] Allerdings warnen deutsche Experten vor etwaigen Problemen. Man müsse sich im Klaren darüber sein, "dass Fillons große Ambitionen hinsichtlich einer liberalen Wirtschaftspolitik ... in der französischen Gesellschaft auf Widerstand und Blockaden stoßen werden", rät etwa Julie Hamann, eine Frankreich-Expertin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).[5] Man müsse abwarten, ob Fillon im Falle eines Wahlsiegs die geplanten "Reformen ... wirklich durchsetzen kann".

Kampfansage

Kaum verhüllte Kampfansagen aus Berlin hat der konservative Kandidat hingegen zu seinen außenpolitischen Vorstellungen erhalten. "François Fillon will vielleicht die französische Wirtschaft reformieren, aber er ist ein Befürworter eines Europa der Nationen, und seine Vision von der EU ist nicht wirklich diejenige der Deutschen", stellte Claire Demesmay, ebenfalls eine Frankreich-Expertin der DGAP, bereits nach dem ersten Vorwahlgang in der französischen Zeitung Le Monde fest.[6] Fillon setze sich "zum Ziel, Frankreichs Souveränität wiederzuerlangen", fügte Demesmay wenig später hinzu; "das Narrativ eines souveränen Frankreichs" sei jedoch "keine Hilfe, um die zunehmenden Fliehkräfte in Europa zu zügeln".[7] Berlin wird Paris zur Absage an entsprechende Pläne drängen.

"Putins Wunschkandidat"

Dies gilt bereits jetzt für die Russlandpolitik. Fillon spricht sich für eine engere Kooperation mit Moskau aus. In der französischen Nationalversammlung hat er die Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Russland gefordert; zur Abspaltung der Krim hat er erklärt, auch die Abspaltung des Kosovo habe internationalem Recht nicht entsprochen. Mit Wladimir Putin habe er in seiner Amtszeit als Ministerpräsident erfolgreich zusammengearbeitet. Deutsche Experten weisen gelegentlich darauf hin,

dass Fillon im Jahr 2013 zu den Ehrengästen aus Westeuropa gehörte, die am exklusiven "Waldai-Klub", einer prominenten, einmal jährlich in Russland durchgeführten Expertenkonferenz, teilnehmen durften. "François Fillon spricht vom 'cher Vladimir', dem lieben Wladimir", hat Ronja Kempin, eine Frankreich-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), in Erfahrung gebracht: "Es ist eine sehr persönliche, sehr wertschätzende Anrede, die im politischen Alltag in Frankreich selten benutzt wird".[8] Die regierungsfinanzierte Deutsche Welle spekuliert, Fillon sei womöglich "Putins Wunschkandidat" - eine Einstufung, die den Pariser Präsidentschaftskandidaten im stark antirussisch aufgeheizten Klima des deutschen Außenpolitik-Establishments de facto zur Zielscheibe allseitiger Attacken macht.

Der Zivilisator

Erste offene Angriffe hat bereits unmittelbar nach Fillons Vorwahlsieg der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Norbert Röttgen (CDU), gestartet. "Die Position Putins" sei: "Wer die Macht hat, hat das Recht", behauptete Röttgen; "die europäische Zivilisation" hingegen verlange, "dass das Recht die Autorität und die Macht hat". "Über diesen absoluten Grundsatz besteht der Dissens mit Russland", erklärte der Abgeordnete im Berliner Reichstag, "und darüber müssen wir dann offensichtlich auch noch mit François Fillon sprechen".[9] In ultimativem Ton fügte Röttgen hinzu: "Ich glaube, am Ende müssen Deutschland und Frankreich eine einheitliche Position vertreten, und ich glaube, das sieht auch François Fillon so."

Berlin entscheidet

Selbst französische Experten bezweifeln, dass Fillon seine russlandpolitischen Positionen gegen Berlin behaupten kann. Eine einseitige Aufhebung der Russland-Sanktionen etwa halte er für "unwahrscheinlich", ließ sich vor kurzem Thomas Gomart, Direktor des renommierten Institut français des relations internationales (IFRI) in Paris, zitieren. Zwar werde vieles davon abhängen, welche Russlandpolitik der designierte US-Präsident Donald Trump einschlage. Entscheidend sei jedoch Deutschland, bekräftigte Gomart: "Frankreich kann es sich nicht leisten, eine gesonderte Russland-Politik zu betreiben, ohne die Meinung in Berlin zu berücksichtigen".[10]

[1] Lilith Volkert: François Fillon - das perfekte Feindbild. www.sueddeutsche.de 28.11.2016.

[2] S. dazu [Le modèle Gerhard Schröder](#) und [Auf dem Weg in die Zweite Liga](#) .

[3] S. dazu [Sarkozy, der Deutsche](#) .

[4] Keine Zeit verlieren. Frankfurter Allgemeine Zeitung 02.12.2016.

[5] Der Präsidentschaftswahlkampf hat begonnen. www.dgap.org 28.11.2016.

[6] Thomas Wieder: En Allemagne, le succès de François Fillon suscite de l'espoir et quelques inquiétudes. www.lemonde.fr 22.11.2016.

[7] Der Präsidentschaftswahlkampf hat begonnen. www.dgap.org 28.11.2016.

[8] Roman Goncharenko: Francois Fillon als Putins Wunschkandidat? www.dw.com 29.11.2016.

[9] Müssen mit Fillon über Russland sprechen. www.faz.net 28.11.2016.

[10] Roman Goncharenko: Francois Fillon als Putins Wunschkandidat? www.dw.com 29.11.2016.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com